

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 104 (2007)
Heft: 4

Artikel: "Ohne gesicherte Existenz werden die Menschen krank"
Autor: Bachmann, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840214>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Ohne gesicherte Existenz werden die Menschen krank»

Ruth Genner, die abtretende Präsidentin der Grünen, spricht über linke Politik, minimale Gerechtigkeit und das Lachen, das ihr manchmal vergeht.

Frau Genner, Sie sind als Klimaschützerin bekannt. Wie steht es eigentlich um Ihr soziales Gewissen?

Eigentlich bin ich wegen sozialen Fragen in die Politik eingestiegen. Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind für mich ganz zentrale Begriffe. Deshalb habe ich Lebensmittelgenieurin studiert: Ich wollte etwas gegen den Hunger in der Welt unternehmen. Es ist für mich nach wie vor ein Skandal, dass täglich so viele Menschen an Hunger sterben.

Das politische Klima ist rau geworden. Man spricht heute lieber von Missbrauch denn von Chancengleichheit. Mit welchen Mitteln kämpfen Sie für Ihre Werte?

Man wirft den Grünen vor, sie würden zu weit links stehen. Tatsache ist aber: Wer heute für die Schwächeren in der Gesellschaft einsteht, wird von den Politologen als links eingestuft. Dies obwohl in der Verfassung festgehalten ist, dass in unserem Land eine «möglichst grosse Chancengleichheit für Bürgerinnen und Bürger» bestehen soll. Es steht zudem in der Präambel der Bundesverfassung, dass sich die Stärke einer Gesellschaft am Umgang mit den Schwächen misst. Dieser Auftrag wird heute unter der Bundeshauskuppel viel zu wenig ernst genommen. Bei politischen Geschäften ist für mich deshalb immer ausschlaggebend, welche Auswirkungen diese auf die Schwächeren haben.

Welche Akzente setzen die Grünen zukünftig in der Sozialpolitik?

Die Entschuldung der IV hat hohe Priorität, obwohl diese Re-

form zurzeit blockiert ist. Zudem steht die Revision der Arbeitslosenversicherung an. Dabei werden wir uns vehement gegen einen erneuten Leistungsabbau einsetzen. Ein ganz wichtiges Anliegen ist uns, dass die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherheit wie IV, ALV, Kranken- und Unfallversicherungen und Sozialhilfe besser aufeinander abgestimmt werden. Heute haben wir es mit einem riesigen Verwaltungsapparat zu tun, der enorm viel Geld verschlingt. Diese Mittel sollten die Betroffenen bekommen. Der heutige Ansatz ist falsch und für die Betroffenen eine Zumutung.

Denken Sie an die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens?

Der Grünen Partei war die Schaffung eines solchen Grundeinkommens, das allen Bürgerinnen und Bürgern zustehen würde, stets ein Anliegen. Im jetzigen politischen Umfeld ist die Realisierung kaum möglich, so dass wir vorerst mehr Koordination und Verbesserungen im bestehenden System anstreben.

Was wollen Sie konkret für die Gruppe der Working Poor tun?

Erstens brauchen wir faire Mindestlöhne. Zweitens hängt die Problematik der Working Poor direkt mit der Steuerpolitik zusammen. Steuerpolitik heisst bei uns primär, Abzüge gewähren. Bei den Working Poor müsste man das System aber umkehren: Sie sollten Beiträge erhalten, da sie ja nichts abziehen können. Ein denkbare Modell wäre die negative Einkommenssteuer. Wenn es ein Minimum an Gerechtigkeit gibt, dann muss die Entwicklung in diese Richtung gehen.

Im Parlament hatte aber nicht einmal die Steuerbefreiung des Existenzminimums eine Chance.

Der Nationalrat hat zweimal zugestimmt, der Ständerat zweimal abgelehnt. Wenn man sich vorstellt, dass im gleichen Gremium jene Leute sitzen, die in den letzten Jahren für Topverdienende Steuererleichterungen beschlossen haben, kann man nur sagen: es ist ein Trauerspiel. An diesem Beispiel wird deutlich, wie sehr sich die Balance zulasten der Schwächsten verschiebt.

Von den Schwächsten wird verlangt, dass sie sich aktiv bemühen, um aus ihrer Lage herauszukommen. Auch die SKOS hat ein Anreizmodell eingeführt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Ich stelle fest, dass leistungsorientierte Komponenten stark im Trend liegen. Ein solches System kann nur funktionieren, wenn man parallel dazu die persönlichen Ressourcen der sozial Schwächen stärkt. Die betroffenen Menschen müssen fit gemacht werden, damit sie die von ihnen geforderte Leistung erbringen können. Konkret heisst das: Sie müssen zuerst die Sprache lernen, eine Weiterbildung machen oder sie benötigen einen Kinderbetreuungsplatz. In diesen Bereichen wird aber häufig gespart.

Was halten Sie von 1000-Franken-Jobs als Mittel zur Integration?

Ich halte nichts von 1000-Franken-Jobs, das ist letztlich nur ein Druckmittel. Es braucht institutionelle Ansätze, um die Leute zurück in den Arbeitsmarkt zu führen. Man muss die Ressourcen der Betroffenen beurteilen, um diese



Ihre Fraktion zieht gestärkt ins Bundeshaus ein. Dort will sich Ruth Genner weiterhin für die Anliegen der sozial Schwachen einsetzen.

gezielt stärken zu können. Am vordringlichsten davon betroffen sind Schulabgängerinnen und junge Erwachsene.

Wie kann die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden?

Viele junge Menschen wissen nicht, wie man sich in einem Vorstellungsgespräch verhalten muss oder was es braucht, um im Arbeitsprozess bleiben zu können. Es braucht deshalb Projekte, die Menschen mit entsprechenden Defiziten oder ohne Schulabschluss erfassen und fördern. Auf der Bundesebene haben wir

wenig Möglichkeiten, einzig das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie kann entsprechende Projekte schaffen und koordinieren. Sie funktionieren aber nur, wenn die involvierten Stellen auf lokaler Ebene gut zusammenarbeiten. Es sollte nicht entscheidend sein, ob der Bund oder die Kantone für eine Leistung bezahlen. Zentral ist, dass die jungen Leute den Weg in die Arbeitswelt finden. Deshalb sind auch die Unternehmen gefragt.

Die 5. IV-Revision, die im Januar in Kraft tritt, setzt auf

Früherfassung. Damit soll die Zahl der Neurenten gesenkt werden. Fachleute befürchten, dass es eine Verlagerung von der IV zur Sozialhilfe gibt.

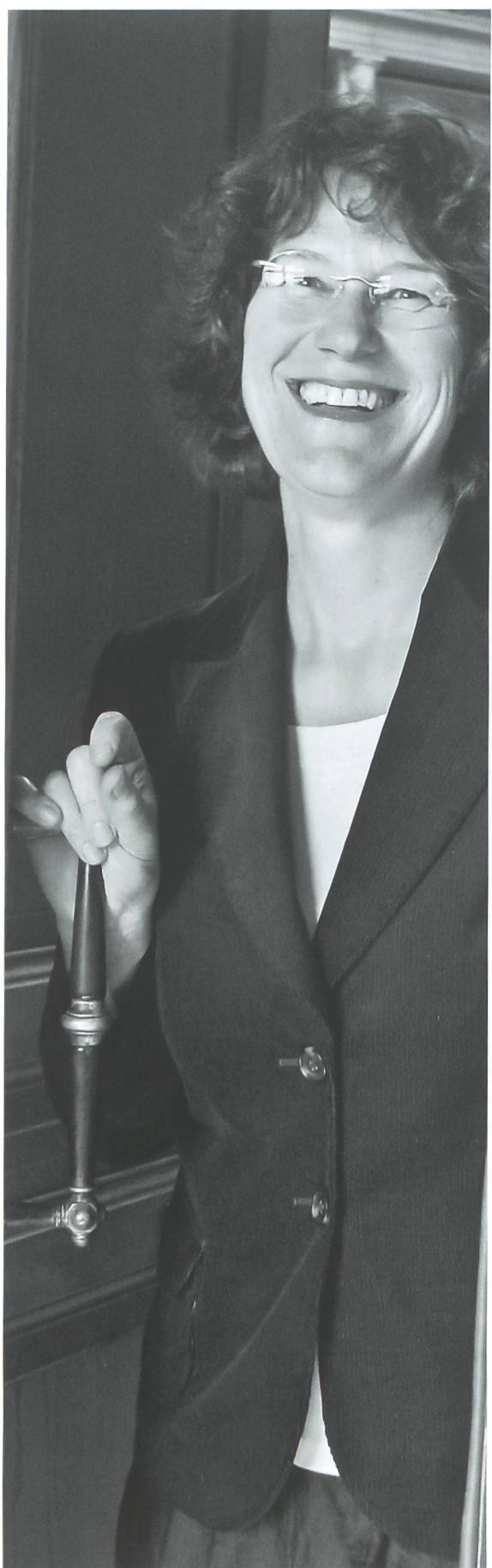
Dies dürfte zutreffen, denn die Mehrheit der Gesuchstellenden braucht die Leistungen der IV. Gleichzeitig befürworte ich ein gutes Kontrollsysteem, um das Vertrauen ins System zu fördern. Ich störe mich aber sehr daran, dass Unternehmen Mitarbeitende, die weniger leistungsfähig sind, einfach aus dem Arbeitsprozess hinausbugisieren. Die Wirtschaftsvertreter haben im Vorfeld der Abstimmung versprochen, dass sie



« Ich stelle fest, dass leistungsorientierte Komponenten stark im Trend liegen. »

Interview

Ruth Genner, Präsidentin der Grünen Partei Schweiz



« Ich halte nichts von 1000-Franken-Jobs, das ist letztlich nur ein Druckmittel. »

► ihren Beitrag zur Integration leisten wollen. Wir müssen mittels Monitoring kontrollieren, ob grössere Unternehmen entsprechende Stellen geschaffen haben. Ohne öffentlichen Druck wird wenig passieren, da das Gesetz die Arbeitgeber zu nichts verpflichtet.

Stichwort Ausländerpolitik: Wie positionieren sich die Grünen zukünftig in dieser Frage?

Im Vergleich zum europäischen Umfeld haben wir in der Schweiz die höchste Ausländerquote. Das Thema bleibt uns also erhalten. Nicht zuletzt dank der SVP, die sich standhaft weigert, Einbürgerungen zu erleichtern. Wenn das Gastland ein Interesse daran hat, die Ausländerinnen und Ausländer zu integrieren, dann geht das nur mittels erleichterter oder gezielter Förderung der Einbürgerung. Mein Vorgänger, Ruedi Baumann, lebt seit fünf Jahren in Frankreich. Heute besitzt er bereits einen EU-Pass.

Entsprechende Vorlagen werden vom Volk aber vehement abgelehnt.

Ja, mit diesem Thema wird leider Angst geschürt. Ausländer-

ZUR PERSON

Ruth Genner ist Präsidentin der Grünen Partei Schweiz, die bei den Wahlen im Oktober sieben Sitze im Nationalrat dazugewonnen hat und erstmals in den Ständerat einzieht (zwei Sitze). Die 51-Jährige hat sich an der ETH Zürich zur Lebensmittelgenieurin ausbilden lassen und arbeitet heute noch zu einem kleinen Pensum als Beraterin für Gesundheitsförderung. Im Frühjahr 2008 tritt Ruth Genner als Parteipräsidentin zurück, sie bleibt aber weiterhin Nationalrätin.

feindliche Plakate und Parolen haben uns im Ausland in Verruf gebracht. Die schweizerische Ausländerpolitik ist widersprüchlich: Auf der einen Seite will man die Zahl der Migrantinnen und Migranten reduzieren und auf der anderen Seite lockt man reiche Leute aus dem Ausland mittels Pauschalbesteuerung an. Ich gehe davon aus, dass sich der Diskurs in der kommenden Legislatur noch verschärft. Darüber hinaus erwartet uns aufgrund der Minarett-Initiative eine Debatte über Religionen und ganz spezifisch über Muslime.

Sie setzen sich für eine gesunde Umwelt und Gesellschaft ein und sind Beraterin für Gesundheitsförderung: Was braucht es, um gesund zu bleiben?

Ein gesichertes Einkommen ist eine wichtige Grundvoraussetzung. Es sind zuerst soziale Faktoren, die Menschen krank machen: Stress, weil die Existenz nicht gesichert ist, Druck am Arbeitsplatz oder schlechte Arbeitsbedingungen. An zweiter Stelle folgen Umweltfaktoren wie falsche Ernährung, Lärm oder schlechte Luft. Die Politik kann also massgeblich zur Gesundheit der Gesellschaft beitragen. Ganz wichtig sind Investitionen in die Bildung und die aussenräumliche Kinderbetreuung, damit die Kinder aus dem Kreislauf der Armut herausfinden.

Sie haben stets dieses Lächeln im Gesicht: Gibt es Momente, wo es Ihnen vergeht?

Ja. Es stimmt mich äusserst nachdenklich, wenn ich wegen meines Engagements für soziale und ökologische Fragen diffamierende und verletzende Drohbriefe erhalte. Das politische Klima entwickelt sich in eine bedenkliche Richtung. ■

Das Gespräch führte
Monika Bachmann